

Aus der 14. Vollversammlung vun der Lëtzeburger Diözesansynod

Die lang erwartete, von vielen im voraus bang gefürchtete Diskussion über die 'Wortvorlage' (sic Synodale Seywert) war in mancher Hinsicht eine Enttäuschung: nicht nur blieb der vielerorts ersehnte, andernorts alpgeträumte Skandal aus, nicht nur fiel die Synode nicht auseinander, sondern die zur Diskussion gestellte Problematik wurde in Wirklichkeit gar nicht diskutiert. Die Generaldebatte dauerte sage und schreibe 50 Minuten. Zurückzubehalten ist daraus höchstens die Kritik von Michel Pauly am Hauptteil der Vorlage: hier kämen die Grundgedanken von 'Communio et Progressio' nicht zum Tragen, nämlich dass der Mensch als soziales Wesen die Kommunikation braucht: sie ist sein Recht und seine Pflicht, wobei die Kommunikationspartner nicht die Kommunikatoren einerseits und die Konsumenten andererseits sind, sondern Partner sind alle Mitglieder der Gesellschaft. Von da her ergibt sich u.a. u.a. als Konsequenz der Pluralismus nicht nur zwischen den Medien, sondern auch innerhalb der einzelnen Medien selbst. In dieselbe Richtung wies die Bemerkung von Abt Truijén, der Titel der Vorlage spreche zwar von den 'Kommunikationsmitteln', in Wirklichkeit sei im Text aber nur von Informationsmitteln die Rede. Und er sprach den Verdacht aus, diese Verbiegung käme wohl von einer kirchenbedingten Deformation her: in der Kirche sei man ja auch nur an einbahnige Information gewöhnt, nicht aber an allseitige Kommunikation.

Auch die Spezialdebatte des Hauptteils der Vorlage ging 'reibunglos' voran. Hier ist höchstens zu vermerken, was abbé Jos Felten über die Presse als 4.Macht im Staat sagte: wie jede Macht in der Demokratie sei auch diese einer öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen; und zwar genüge die Selbstkontrolle nicht. Wenn abbé A. Heiderscheid darauf antwortete, es genüge nicht, dass die Presse von sich behauptete, sie sei die 4.Macht, um es auch tatsächlich zu sein, jedenfalls sei sie keine offiziell legitimierte Macht wie die drei andern, so war das in Wirklichkeit nur eine rein verbale Ausflucht und keinesfalls eine Antwort auf ein reales Problem. Jede Macht, auch jede inoffizielle, muss im demokratischen System kontrolliert werden, so wie die Ko 8 das ja auch in ihrer Vorlage 'Glaube und Politik' gegenüber der Macht der Gewerkschaften z.B. festhielt.

Auf den Herbst vertagt wurde die Spezialdebatte der Sonderempfehlung zur katholischen Presse. Bleibt zu hoffen (oder zu fürchten?), dass die Synodalen die Sommerpause als Denkpause nützen, d.h. als Pause zum Denken, nicht vom Denken.

Hubert Hausemer